



Publikations-Datum: 20000119

Seite: 17

**Tages-Anzeiger**

**Stadt Zürich**

## **Schneller zurück in den Arbeitsmarkt**

*Mit einem neuen Anreizsystem will die Stadt Fürsorgebezüger schneller in den Arbeitsmarkt integrieren. Wer Geld bezieht, soll auch etwas für seine Qualifizierung tun.*

*Autor:* Von Martin Huber

Trotz der Entspannung auf dem Arbeitsmarkt steigen die Fürsorgefälle in Zürich weiter an: Derzeit sind 11 280 Fälle registriert, Ende Jahr rechnet das Sozialdepartement mit 12 000 Fällen, wie Stadträtin Monika Stocker und Walter Schmid, Chef des Amtes für Jugend- und Sozialhilfe, am Dienstag vor den Medien bekannt gaben. "Fürsorgeabhängige profitieren leider kaum vom Boom auf dem Arbeitsmarkt", sagte Stocker.

Um die Situation zu entschärfen, will das Sozialdepartement alles daransetzen, um Sozialhilfebezüger schneller und effizienter aus der sozialstaatlichen Abhängigkeit herauszulösen und wieder in den regulären Arbeitsmarkt zurückzubringen. Bisher schafften rund 20 Prozent den Wiedereinstieg: Dank besserer Wirtschaftslage und Neuerungen bei der Sozialhilfe soll dieser Anteil deutlich erhöht werden.

Im Rahmen des Legislaturziels "Arbeit statt Fürsorge" werden die Sozialhilfe und der Ergänzende Arbeitsmarkt (EAM) enger verknüpft, und der EAM wird stärker auf Weiterbildung und Qualifizierung ausgerichtet. Zudem soll die Eigenleistung der Fürsorgebezüger stärker betont werden, wie Walter Schmid sagte. Die Stadt macht ihnen künftig mehr konkrete Angebote zur Weiterbildung. Finanzielle Anreize sollen dafür sorgen, dass sie auch darauf einsteigen.

Zu diesem Zweck wird die Finanzierung des Einkommens der Sozialhilfebezüger geändert: Das Lohn- wird durch ein Anreizmodell ersetzt. Bisher erhielten Sozialhilfeempfänger, die im EAM arbeiten, einen gemäss Alter sowie Dauer und Art der Tätigkeit abgestuften Lohn, im Schnitt 17 Franken pro Stunde. An Stelle der bisherigen Entlohnung tritt jetzt die Fürsorge plus ein Bonus von maximal 250 Franken pro Monat. Diesen bekommt nur, wer an einem Beschäftigungs- und Weiterbildungsprogramm teilnimmt. Wer sich weigert, erhält 250 Franken weniger Sozialhilfe.

Die finanzielle Situation der Sozialhilfeempfänger werde durch den Wechsel zum

Anreizsystem nicht geändert, wie EAM-Chef Urs Leibundgut betonte. Der Wechsel solle Sozialhilfeempfängern klarmachen, dass Beschäftigungsprogramme keine wirklichen Arbeitsplätze mit voller Entlohnung seien, sondern Massnahmen, die die Chancen zum Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt verbessern sollen.

Weitere Massnahmen zur rascheren Integration gehen aus der ebenfalls am Dienstag vorgestellten stadträtlichen Antwort auf eine Motion von Gemeinderätin Katharina Prelicz (Grüne) hervor. So sollen die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) den Schwerpunkt künftig auf jene Klienten verlagern, deren Vermittlung besonders aufwändig ist. Zudem will das Sozialdepartement künftig alle Personen, die neu fürsorgeabhängig werden, einem "Check-up" unterziehen, bei dem ihr Potenzial abgeklärt wird.

Weiter sollen Vermittlungsbemühungen, wie sie etwa die Firma Maatwerk unternimmt, verstärkt werden. Bei der Integration sollen auch die 1000-Franken-Jobs helfen, bei denen die Stadt tiefe Löhne von Firmen aufstockt. Weiter geplant sind die Schaffung gemeinnütziger Arbeit wie etwa beim Projekt "Sauberes Tram" sowie die Eröffnung eines Gründerzentrums, wo Selbstständige ihre Produkte und Dienstleistungen anbieten können. Auch von der Schaffung regionaler Sozialzentren verspricht sich Monika Stocker Impulse für "Arbeit statt Fürsorge".

Der Wechsel von Teilnehmerlöhnen zum Anreizsystem hat auch Folgen für Taglohnprojekte wie Jobbus, Förderband, Frauenwerkstatt oder den Alki-Treffpunkt Selnautreff. Dort werden die Stundenlöhne von bisher 15 auf 2.50 Franken gesenkt, wie Urs Leibundgut bestätigte. Die Taglohnprojekte werden regelmässig von rund 300 Personen benutzt, meist Drogen- oder Alkoholabhängigen.

## **Kritik am kleinen Stundenlohn**

Bei vielen Tagelöhnern und Projektleitern stösst der Systemwechsel auf Kritik. Sie befürchten, dass dadurch der Anreiz zur Arbeit verloren geht und Randständige wieder vermehrt auf der Strasse landen oder gar in die Beschaffungskriminalität getrieben werden. "Für diesen Lohn kommt doch niemand mehr arbeiten, da kann man die Projekte ebenso gut schliessen", heisst es. Bereits kursieren Flugblätter, auf denen gegen die Neuerung protestiert wird.

Leibundgut räumte ein, dass die Folgen des Systemwechsels bei den Taglohnprojekten noch genauer abgeklärt werden müssten. "Wir sind uns der drogenpolitischen Problematik bewusst", sagte er. Man werde die Entwicklung beobachten und notfalls über die Bücher gehen.

## **KOMMENTAR**

### **Bonus-System mit Malus**

*Autor:* Von Martin Huber

Fürsorgeempfänger sollen künftig schneller in den regulären Arbeitsmarkt zurückgebracht werden und nicht in staatlichen Beschäftigungsprogrammen hängen bleiben - diese Strategie des Sozialdepartements ist angesichts steigender Kosten und der weiterhin sehr hohen Zahl von Sozialhilfebezügern richtig. Statt auf versorgungsstaatliche Programme wird mehr auf Eigenleistung und -verantwortung gesetzt, das Prinzip der Gegenseitigkeit von Leistungen stärker betont. Einleuchtend ist auch der geplante Wechsel vom Lohn- zum Anreizmodell für Fürsorgeempfänger, weil so persönliches Engagement und Weiterbildungsbemühungen mehr honoriert werden.

Doch in einem Punkt ist das Anreizmodell fragwürdig: So wird bei niederschweligen Taglohnprojekten wie dem Jobbus oder Selnautreff, die sich vorab an randständige Drogen- und Alkoholabhängige richten, der Stundenlohn von 15 Franken auf 2.50 Franken gekürzt. Zwar erhalten die Teilnehmer nicht generell weniger Geld zum Leben, weil ja die Fürsorge für den wegfallenden Lohn einspringt. Aber die massive Lohnkürzung vergällt den Leuten den Anreiz zur Arbeit. Wer geht schon für 2.50 Franken in der Stunde auf dem Bau oder im Wald arbeiten? "Sogar im Gefängnis in Regensdorf zahlen sie mehr", klagen Betroffene.

Aus drogenpolitischer Sicht ist es mehr als heikel, wenn Randständige, die bisher in Tagesstrukturen eingebunden waren, wieder auf der Strasse landen und womöglich in die Beschaffungskriminalität abgleiten. Dass Jobbus-Teilnehmer dank dem neuen Finanzierungssystem schneller eine Stelle finden, ist wenig wahrscheinlich: Die wenigsten von ihnen haben überhaupt eine Chance, jemals wieder im regulären Arbeitsmarkt Fuss zu fassen. Problematisch ist aber auch das Signal, das von einem Stundenlohn von 2.50 für Tagelöhner ausgeht. Wer garantiert, dass nicht auch Privatunternehmen die Gelegenheit am Schopf ergreifen und leistungsschwächere Arbeitnehmer zu Dumpinglöhnen beschäftigen - mit Hinweis auf die Praxis der Stadt?

[Neue Suche](#)



[Dokumenten-Liste](#)